

Es ist eine Schande, daß in der Bundesrepublik überhaupt ein solcher Prozeß stattfindet. Mit Ausnahme von Franco-Spanien gibt es keine europäische Regierung, die Mitglieder oder Anhänger der Weltfriedensbewegung vor die Gerichte schleppt, diffamiert und mit Freiheitsentzug bedroht. Dieser Düsseldorfer Prozeß ist gegen den Frieden gerichtet. Er ist eine Provokation gegen die Politik der Entspannung und der Verständigung zwischen den Völkern und dient einzig und allein der Fortsetzung und Steigerung des „kalten Krieges“.

Auch der Zeitpunkt der Durchführung dieses Prozesses macht deutlich, daß es den Inspiratoren darum geht, im Hinblick auf die Gipfelkonferenz die Anhänger des Friedens in Westdeutschland zu unterdrücken, selbständige Aktionen für die Sache des Friedens zu unterbinden. Da die Bonner Regierung die atomare Aufrüstung fortsetzen will, sollen gegen diejenigen „Exempel statuiert werden“, die für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, gegen die atomare Aufrüstung, gegen Kriegshetze, Revanche und Rassenwahn auftreten.

Während die Bundesregierung die Anhänger des Friedens — ohne Unterschied ihrer Weltanschauung — verfolgt, eilen aus vielen Ländern Persönlichkeiten herbei, um für die Freiheit der Angeklagten in Düsseldorf einzutreten. Menschen, die für den Frieden eintreten, kommen weder — in Großbritannien, in Frankreich, in Italien noch in anderen Ländern vor die Gerichte, sondern sind im Gegenteil hoch angesehen, und ihre Taten werden vom Volk gewürdigt.

Die ganze Konstruktion der Anklage ist ein politischer, aber auch rechtlicher Skandal. Das Eintreten für den Frieden, für Völkerverständigung, für Entspannung, für die Verhinderung der atomaren Aufrüstung, für die friedliche Lösung der deutschen Frage wird als „Verfassungsbruch und Staatsgefährdung“ betrachtet. Das geschieht zum gleichen Zeitpunkt, in dem Revanchehetze und Antisemitismus das Land überfluten, führende Nazis und Kriegsverbrecher in hohen Ämtern sitzen, so daß die Völker der Welt mit dem Finger auf die Bundesrepublik weisen, weil sie die Zustände im Bonner Staat mit vollem Recht als eine neue Gefahr für den Weltfrieden und für die Humanität betrachten.

Wir erachten es für erforderlich, besonders darauf hinzuweisen, daß der in der Anklage erhobene Vorwurf, daß die Friedensbewegung in Westdeutschland im Zusammenhang steht mit der „unterirdischen Tätigkeit der KPD“, eine provokatorische, unwahre Behauptung ist. Richtig ist, daß die Kommunisten die konsequentesten Kämpfer für Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik sind und diese Ziele zu jeder Zeit in aller Öffentlichkeit dargelegt und vertreten haben. Darum wurde die KPD im Jahre 1956 verboten. Die Kommunisten setzen sich überall für die Erhaltung und Sicherung des Friedens ein und arbeiten in jeder Bewegung mit, die die gleichen Ziele verfolgt. Kommunisten kämpfen in der Bewegung gegen den Atomtod. In der großen Bewegung der 1920er arbeiten junge Kommunisten mit. Aber dadurch sind diese Bewegungen ebensowenig kommunistisch wie es die Friedensbewegung in Westdeutschland ist.

Es ist aber eine bekannte Methode der deutschen Imperialisten und Militaristen — die in der Hitlerzeit mit furchtbaren Folgen praktiziert wurde —, alle friedlichen, demokratischen, humanistischen Organisationen und Bewegungen, die sich nicht gleichschalten lassen

wollen, als kommunistische Tarnorganisationen hinzustellen und zu verfolgen. Diese Methode hat zwar nichts mit Rechtlichkeit zu tun, sie erhellt aber vor aller Welt die staatliche Rechtlichkeit der Bundesrepublik, die solche Methoden heute wieder praktiziert; sie wirft gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf solche Gerichte und Richter, die sich als Werkzeuge für die Durchführung solcher abscheulichen Methoden mißbrauchen lassen, anstatt entsprechend ihrem Eid auf die Verfassung aus rechtlichen und sittlichen Gründen sich ganz entschieden dagegen zu wehren.

Der Düsseldorfer Prozeß gegen die Anhänger des Friedens wirft Erinnerungen auf an die grausamen Zeiten des Hitler-Regimes und entlarvt das ganze gegenwärtige Regime.

Während der Hitler-Zeit fanden sich auch aufrechte Deutsche aus allen Bevölkerungsschichten zusammen und entwickelten den Widerstand gegen das damalige Schandregime. In den Konzentrationslagern saßen neben den Kommunisten Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten, aufrechte Christen. Der Düsseldorfer Prozeß zeigt das gleiche Bild. Wenn vor den Schranken dieses Gerichts des Bonner Staates der Pastor Oberhof erklärte, daß er sich im Kampf um den Frieden auch mit den Kommunisten verbunden fühlt, so möchten wir betonen, daß wir Kommunisten uns mit allen Menschen, die für die Sache des Friedens eintreten, ebenso solidarisch verbunden fühlen und daß wir mit ihnen gemeinsam für eine solche Ordnung in der Bundesrepublik eintreten, in der nicht die Verantwortlichen zweier Weltkriege bestimmen, sondern das friedliebende Volk selbst auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens seinen demokratischen Willen durchsetzt.

Der Prozeß gegen die Friedensanhänger ist in Wirklichkeit ein Prozeß gegen alle deutschen Menschen, die entschlossen den Willen der westdeutschen Bevölkerung für die Sicherung des Friedens, der nationalen Existenz unseres Volkes zum Ausdruck bringen. Er ist direkt eine Aufmunterung für jene revanchistischen, antisemitischen und nationalistischen Kreise, ihr schändliches Treiben fortzusetzen.

Dieser Prozeß ist aber kein Zeichen der Stärke der westdeutschen Atomrüstungspolitik. Er bringt zum Ausdruck, was der Bundeskanzler Adenauer in Westberlin erklärte, nämlich, daß die Bonner Politiker der Stärke „auf einer dünnen Decke stehen“. Diese Decke ist darum so dünn, weil die Entwicklung in der ganzen Welt wie aber auch in Westdeutschland gegen diejenigen geht, die die Entspannung in der Welt torpedieren wollen, die die Atomrüstung fortsetzen und aufrechte Anhänger des Friedens vor die Gerichte schleppen.

Wir fordern daher die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die Angeklagten im Düsseldorfer Prozeß. Wir stützen uns bei dieser Forderung auf die Grundrechte der von Ihnen und allen Richtern beschworenen Verfassung der Deutschen Bundesrepublik. Wir fordern Recht und Gerechtigkeit im Dienste des Volkes, dessen größtes Streben auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist.

Kommunistische Partei Deutschlands
Zentralkomitee
gez. Max Reimann
1. Sekretär

II

Ausländische Zeugen weisen den terroristischen Charakter der Anklage nach

(Fortsetzung aus NJ 1960 S. 97 f.)

Auf Antrag von Kronanwalt Prltt wurde am 27. Januar 1960 der katholische Bankier Baron Antoine Allard aus Brüssel, Mitglied des Weltfriedensrates, als Zeuge gehört. „Man braucht nicht Kommunist zu sein, um gegen Aufrüstung und gegen Krieg zu kämpfen. Wenn die Kommunisten ähnliche Forderungen haben wie wir, dann können wir nicht darauf verzichten, sondern müssen mit ihnen zusammenarbeiten“, sagte Allard.

Der Baron betonte, daß er strenggläubiger Katholik sei und in zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen

Vertretern der katholischen Kirche in Belgien bisher viel Unterstützung seiner Friedensarbeit gefunden habe. Auf Fragen von Kronanwalt Prltt erklärte Baron Allard, daß er niemals den Eindruck gehabt habe, daß die Mitglieder der westdeutschen Friedensbewegung gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik gekämpft hätten. Die Ziele des westdeutschen Friedenskomitees seien mit denen des Weltfriedensrates völlig identisch.

*